

Das dritte Grundsatzprogramm der CDU ist gerade erst verabschiedet, da führt die Union schon wieder einen Richtungsstreit über die Wirtschaftspolitik. Als würden die fünfzehn Seiten, auf denen sich das Grundsatzprogramm mit der Sozialen Marktwirtschaft auseinandersetzt, nicht genügen, um ein wirtschaftspolitisches Profil zu entwickeln. Im Programm heißt es: „Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als ein Wirtschaftssystem. Sie ist ein Gesellschaftsmodell. Sie sorgt für Rahmenbedingungen, in denen sich die schöpferischen Kräfte der Einzelnen gemeinsam entfalten können. [...] Sie ist eine Wettbewerbsordnung. Politik in der Sozialen Marktwirtschaft ist Ordnungspolitik.“ Und ferner: „Wir müssen uns wieder stärker auf die grundlegenden Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft besinnen und sie in die richtige Balance bringen. [...] Leitlinie muss das Subsidiaritätsprinzip sein.“

Die Rückbesinnung auf die Ursprünge der Sozialen Marktwirtschaft, auf die Ansichten eines Alfred Müller-Armack und auf die Politik Ludwig Erhards, hat Konjunktur in einem Jahr, da die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland den sechzigsten Geburtstag ihres Durchbruchs feiert. Doch in der realen Politik finden sich kaum Reformen, Gesetze und Regelungen, die sich an den Leitgedanken der Sozialen Marktwirtschaft orientieren. Ob Mindestlohn, Gesundheitsfonds, Tarifkartell, Energiemonopol oder Verhaltensvorgaben an den Verbraucher: Seit Gründung der Bundesrepublik fällt es den

Marktverfechtern schwer, den schier unendlichen Forderungen staatsgläubiger Umverteilungsverfechter etwas entgegenzusetzen.

Ein Blick um sechzig Jahre zurück: Am 21. Juni 1948 kommt es in den westlichen Besatzungszonen zur berühmten Währungsreform. Die D-Mark wird aus der Taufe gehoben, weshalb viele Historiker den 21. Juni als Grundsteinlegung für das deutsche Wirtschaftswunder betrachten. Auch die russische Besatzungszone erlebt in jenen Tagen eine Währungsreform, die mit der westdeutschen durchaus vergleichbar ist. Gleichzeitig jedoch hält man im Osten an der staatlichen Wirtschaftslenkung fest und führt Enteignungen im großen Stil durch. Folge: Anders als in der britisch-amerikanischen Bizone, wo das Bruttoinlandsprodukt von Mitte 1948 bis Mitte 1950 um achtzig Prozent zulegt, bleibt ein entsprechender Aufschwung im Osten aus. Natürlich hätte die westdeutsche Wirtschaft ohne die Währungsreform eine schlechtere Entwicklung genommen. Denn auf den Währungstrümmern der Nachkriegszeit hätte kein solides Geschäftsleben aufgebaut werden können. Doch mit der Beseitigung von Trümmern entsteht noch kein neues Gebäude. Dafür war die Wirtschaftsreform unerlässlich, also die Entscheidung, auf staatliche Wirtschaftslenkung und Zwangswirtschaft zu verzichten und stattdessen auf Marktwirtschaft zu setzen.

Trotz dieser unbestrittenen Bilanz der Marktwirtschaft in Deutschland gelang es bis heute Politikern fast aller Parteien,

Zweifel an der Marktwirtschaft ganz generell zu säen. Sie wettern gegen den Neoliberalismus, der die Solidarität in Deutschland aufzubrechen droht und angeblich nur einer elitären Minderheit zu Wohlstand verhilft. Als Gegenentwurf propagieren sie einen lenkenden Staat, der sich viel stärker in die Marktabläufe einmischt. Doch der angeblich so schädliche Neoliberalismus, gegen den sogar Unionspolitiker wie der Bundesverbraucherschutzminister Horst Seehofer zu Felde ziehen, hat kaum etwas mit den libertären Vorstellungen gemein, wie sie einst im Manchesterkapitalismus gepredigt wurden. Ganz im Gegenteil: Neoliberal ist die gemäßigte Antwort auf die *Laissez-faire*-Wirtschaftsordnung, die gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts herrschte. Diese Ordnung hatte zu Monopolen geführt, sie zeitigte schwere konjunkturelle Schwankungen und sorgte für eine krasse soziale Ungleichheit.

Oberflächliche Polemik

Doch Neoliberalismus ist zum politischen Kampfwort geworden. Mit oberflächlicher Polemik wird der Eindruck erweckt, dass der Markt viele der aktuellen sozialen Probleme ausgelöst hat. Dass zu viel Sozialpolitik unsozial sein könnte, weil es Leistungsanreize raubt, ficht die Sozialstaatsgläubigen nicht an. „Alle diejenigen, die sich als Politiker oder Wissenschaftler in erster Linie als Sozialpolitiker fühlen, halten sich heute in allen Richtungen und Parteien für verpflichtet, jegliches Eingehen auf marktwirtschaftliche Notwendigkeiten als überwundenen Liberalismus zu brandmarken und damit einer geistigen Auseinandersetzung auszuweichen.“ Dieses Zitat ist nicht etwa auf die Parolen eines Oskar Lafontaine gemünzt. Nein, so sahen sich gleich nach dem Krieg die Gegner der Sozialen Marktwirtschaft von deren geistigem Urheber Alfred Müller-Armack kritisiert.

Grundsätzlich existiert seit 1958 eine marktwirtschaftliche Ordnung. Doch zum Verfassungsrang hat sie es nicht gebracht. Im Grundgesetz findet sich kein dezidierter Hinweis auf die Wirtschaftsordnung. Es zeichnet sich durch seine wirtschaftspolitische Neutralität aus. Allerdings werden Mindestanforderungen an die Wirtschaftsordnung definiert, die eine Plan- oder Zwangswirtschaft ausschließen. So ist das Privateigentum geschützt, und es werden einige wirtschaftliche Freiheiten garantiert, als da wären die Berufs- und Gewerbefreiheit sowie die Freiheiten, Unternehmen zu gründen, Verträge zu schließen und Koalitionen zu knüpfen.

Bei der ersten Bundestagswahl im Jahr 1949 setzte sich die Union mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft durch. In der Praxis orientierte sich die Wirtschaftspolitik fortan am „neoliberalen“ Konzept, wie es der Münsteraner Kultursoziologe Alfred Müller-Armack geprägt hatte. „Soziale Marktwirtschaft bedeutet, dass uns die Marktwirtschaft notwendig als das tragende Gerüst der künftigen Wirtschaftsordnung erscheint, nur dass dies eben keine sich selbst überlassene, liberale Marktwirtschaft, sondern eine bewusst gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein soll“, so Müller-Armack. Ihm ging es um eine Wirtschaftsordnung, die den Menschen dienen und in der Lage sein soll, knappe Ressourcen bestmöglich zu verteilen, die aber gleichzeitig auch für sozialen Ausgleich zu sorgen hat. Hinter dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft stehen also nicht allein die Elemente Wettbewerb, Eigenverantwortung, Leistungsanreiz und Subsidiarität. Müller-Armack: „Es war eine unkluge Übertreibung des wirtschaftspolitischen Liberalismus, die Tauschgesellschaft gleichsam als einen keiner Bedienung bedürftigen Automaten zu nehmen.“ Es geht in der Sozialen Marktwirtschaft auch nicht ausschließlich um eine

auf Solidarität bedachte Sozialpolitik. Müller-Armack: „Es kommt die heutige Sozialpolitik nicht um die radikale Frage herum, ob die von ihr bisher verfolgte Grundrichtung einer zunehmenden Ausschaltung der Marktwirtschaft richtig war oder ob wir nicht gerade im Interesse der sozialen Ziele eine marktwirtschaftliche Umorientierung der Sozialpolitik vornehmen müssen.“ Vielmehr sollten sich Markt und sozialer Staat ergänzen. Konkret bedeutete dies, dass der Markt grundsätzlich das Wirtschaften regelt, Preise sich demzufolge aus den individuellen Bedürfnissen und aus der Knappheit der Ressourcen ergeben und diese Preise über den Konsum und über unternehmerische Investitionen, über das Arbeitsangebot und die entsprechende Nachfrage entscheiden. Der Staat greift allerdings ein, wenn der Markt zu unerwünschten Ergebnissen kommt. Das ist dann der Fall, wenn zum Beispiel bestimmte Einkommensverteilungen als ungerecht wahrgenommen werden oder wenn Krankheit einzelne Menschen an der Erwerbsarbeit hindert oder wenn der Wettbewerb bedroht ist, weil einzelne Unternehmen zu viel Macht erhalten, oder wenn Ressourcen zu niedrig bewertet werden und die Umwelt dadurch ausgebeutet wird.

Marktgerechtes Eingreifen

Ludwig Erhard ahnte schon früh, dass die sozialpolitischen Forderungen schnell überhandnehmen würden. In seinem Buch *Wohlstand für alle* warnt er vor einem „Versorgungsstaat, an dessen Ende der soziale Untertan und die bevormundete Garantierung der materiellen Sicherheit durch einen allmächtigen Staat, aber in gleicher Weise auch die Lähmung des wirtschaftlichen Fortschritts in Freiheit stehen wird“. Erhard machte sich daher für einen ordnungspolitischen Ansatz stark, der einzelpolitischen Eingriffen des Staates weitgehend vorbeugen sollte. Denn staatliche Eingriffe bargen für Er-

hard die Gefahr, den Preis als Knappheitssignal zu verwischen. Dadurch würden Ressourcen noch schlechter bewertet als durch den Markt. Außerdem wirkt soziale Umverteilung oft leistungshemmend, wenn nicht sogar kontraproduktiv. Wenn der Staat nämlich Geld verteilt, kommt es zum sogenannten „Rent Seeking“, wie aktuell am Beispiel Nokia in Bochum zu sehen ist: Mit Subventionen wird ein Unternehmen nach Bochum gelockt, das – gemessen an den sonstigen Standortkriterien – lieber woanders investiert hätte.

Wenn der Staat schon eingreift, dann soll er nach Ansicht eines anderen Vordenkers der Sozialen Marktwirtschaft, des Nationalökonomen Wilhelm Röpke, Folgendes beachten: Der Preismechanismus darf nicht aufgehoben werden. Demnach sind Höchst- oder Tiefpreise wie etwa der Mindestlohn oder auch politisch vorgegebene Sozialtarife für Energiekunden nicht marktkonform. Ein zweiter Aspekt: Eingriffe sollen eine Anpassung an neue Verhältnisse ermöglichen und nicht etwa überholte Zustände konservieren. Auch hiernach darf der Mindestlohn als Sündenfall gelten, weil er keine Anpassung schafft, sondern Monopole sichert. „Gegenüber sozialpolitischen Eingriffen, welche die Preisbildung selbst berühren, scheint es richtiger zu sein, einen direkten Einkommensausgleich zwischen hohen und niedrigen Einkommen durch eine unmittelbare Einkommensumleitung vorzunehmen“, schrieb Müller-Armack. Konkret schlägt er vor: Kinderbeihilfen, Mietzuschüsse, Wohnungsbauzuschüsse sind „geradezu der Idealfall eines marktgerechten Eingriffs“.

So weit die Theorie. In der Praxis interessierte sich die Politik von Beginn an zu wenig für die Marktkonformität einzelner Maßnahmen. Hierzu drei Beispiele: Zwar wurden – erstens – mit der Währungsreform viele Preise freigegeben, nicht aber die für Grundstoffe, Energie, Mieten, Zin-

sen, Hauptnahrungsmittel und andere wichtige Konsumgüter. Zweitens: Schon 1950 verabschiedete die Bundesregierung aus Sorge um das Wirtschaftswachstum ein Konjunkturprogramm mit einem Volumen von mehreren Milliarden DM. Im Mittelpunkt stand der soziale Wohnungsbau. Bis heute sind Wohnungs- und Hauspreise stark davon abhängig, wie sehr sich der Staat in die Finanzierung einschaltet beziehungsweise in welchem Umfang er selbst baut. Beispiel drei: Auch nach der Wirtschaftsreform 1948 kontrollierte der Staat den Energiesektor, große Teile des Stahlsektors, gut die Hälfte des Automobilbaus, die Mehrheit an der Verhüttung, dem Schiffsbau und dem Immobiliensektor. Insgesamt besaß er gut 3000 Unternehmen. Schnell formierte sich ein korporatistisches Verbändewesen, aus dem Marshallplan floss Geld, und auch an Ideen für neue Konjunkturprogramme mangelte es kaum. „All dies musste sicherlich die geistigen Väter dieses Wirtschaftssystems nicht nur in Erstaunen setzen, sondern auch die grundlegende Frage aufwerfen, ob der Begriff Marktwirtschaft eine angemessene Beschreibung der deutschen Wirtschaftswirklichkeit darstellt“, gibt der Wirtschaftshistoriker Karl Hardach zu bedenken. Doch man wunderte sich nicht, sondern gewöhnte sich an den omnipräsenten Staat.

Mehr Freiheit, weniger Staat

Die Eingriffe nahmen stetig zu: „Mit dem Jahr 1966 [...] hat mit der Großen Koalition [...] die Verneinung der Werte, an die wir früher geglaubt haben, begonnen“, gab Ludwig Erhard, lange Jahre nachdem er als Kanzler zurückgetreten war, zu Papier. Die Große Koalition unter Kiesinger vertraute auf die Globalsteuerung und nutzte dabei ein Instrument, das auch schon Mitte der 1950er-Jahre zum Einsatz kam: die staatliche Neuverschuldung. Fortan versprach und leistete sich die Politik stets mehr, als sie finanzieren konnte.

Unter Willy Brandt und Helmut Schmidt wandelte sich Deutschland endgültig in den Schuldenstaat. „Vieles hängt von einer inneren Selbstbescheidung des Staates bei der Kreditexpansion ab“, mahnte Müller-Armack bereits in den 1950er-Jahren. Doch von Selbstbescheidung keine Spur. Bis heute haben die Politiker 1,6 Billionen Euro Schulden angehäuft. Unter Helmut Kohl schien sich daran zunächst etwas zu ändern. Kohl sprach von der „Reaktivierung der ursprünglichen Erhard’schen Ordnungspolitik“. In seiner ersten Regierungserklärung sagte Kohl folgende Sätze: „Wir wollen nicht mehr Staat, sondern weniger. Wir wollen nicht weniger, sondern mehr persönliche Freiheit. [...] Wir machen Schluss damit, die Belastbarkeit der Wirtschaft zu erproben.“ So läuteten die 1980er-Jahre den Trend zur Liberalisierung und Privatisierung ein. Angebotsorientierung wurde zum Modewort in Kohls „Programm der Erneuerung“. Dennoch mussten die Märkte akzeptieren, dass sich der Staat weiter in ihre Belange einmischte. Die Bürokratie wucherte ebenso wie der Dschungel an Subventionen und Schulden. Und auch wenn Gerhard Schröders „Agenda 2010“ einen der wenigen Kontrapunkte setzte, so befindet sich der Staat weiter auf dem Vormarsch, Freiheit und Wettbewerb geraten in die Defensive. „Lassen Sie uns mehr Freiheit wagen“, forderte Angela Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung als Kanzlerin. Diese Forderung ist zwar berechtigt, aber ihr folgen keine Taten. Das „Soziale“ der Sozialen Marktwirtschaft setzt sich weiter durch – womit es jedoch nicht unbedingt sozialer zugeht in Deutschland.

Entwertung von Arbeit

Freilich, dasselbe Phänomen tritt zutage, wenn der Markt sich über soziale Interessen hinwegsetzt. Auch damit ist den Menschen, also den Konsumenten, nicht geholfen: So lautete eine zentrale Lehre aus

der *Laissez-faire*-Wirtschaft des neunzehnten Jahrhunderts, dass eine strenge Wettbewerbsaufsicht Monopole verhindern muss. Der Staat greift also zugunsten des Konsumenten in den Markt ein. Tatsächlich verdichtete sich die Marktmacht in der deutschen Wirtschaft schnell: Während die fünfzig größten Unternehmen 1954 noch einen Anteil von fünfundzwanzig Prozent an der Industrieproduktion hatten, waren es 1967 bereits zweiundvierzig Prozent. Heutzutage gehört es zum guten Ton eines Wirtschaftspolitikers, nationale Monopole zu fördern, um im internationalen Konzert mitspielen zu können. Der Verbraucher zahlt die Zeche für diese Monopolpolitik. Wollte Verbraucherschutzminister Seehofer dem Verbraucher tatsächlich helfen, würde er Monopole im neoliberalen Sinne verhindern, statt den Neoliberalismus zu geißeln. Zumal der Konsument gleich doppelt zur Kasse gebeten wird: Einerseits treiben Monopole seine Kosten, andererseits muss der Verbraucher mit ansehen, wie sein Produktionsfaktor Arbeit immer weiter an Wert verliert, während Kapital in der monopolistischen und damit auch gewinnsüchtigen Wirtschaft immer wichtiger wird. Seit der Wiedervereinigung sinkt die Bruttolohnquote hierzulande. Erstmals in der deutschen Geschichte sind im Jahr 2005 die Arbeitnehmerentgelte sogar nominal gesunken, obwohl das Bruttoinlandsprodukt gestiegen ist. Das heißt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind stärker gestiegen als das Volkseinkommen. Arbeiten wird also chronisch entwertet, Kapital aufgewertet.

Das schadet dem Ansehen einer Marktwirtschaft, ist aber nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass der Sozialstaat so stark aufgerüstet wurde. „Die heutigen Steuersätze tragen den Charakter der Beschlagnahme ehrlichen Erwerbs und

lähmen jegliches Interesse nicht nur an höheren Erträgen als Ergebnis zusätzlicher Produktion, sondern drängen geradezu die noch vorhandene Produktion in die unkontrollierbaren Kanäle des Schwarzen Marktes“, hatte Müller-Armack schon 1948 geschrieben. Nach Müller-Armack sollten progressive Steuern verhindern, dass die Ungleichheit zu groß wird. Mittlerweile sind die Einkommenssteuersätze zwar gesunken, aber dank der gewaltigen Lohnnebenkosten zahlen Gering- und Durchschnittsverdiener heute prozentual wesentlich mehr als in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Krieg. Heute nimmt der Staat von einem Arbeitnehmer mit leicht überdurchschnittlichem Einkommen mehr als fünfzig Prozent dessen, was der Arbeitgeber an Lohnkosten aufbringen muss. Diesen Prozentsatz müssen Großverdiener nicht annähernd abgeben.

Nach sechzig Jahren ist die Soziale Marktwirtschaft aus der Balance geraten. Das liegt aber weniger daran, dass der Markt an sich unsozial ist, und auch nicht daran, dass der Staat zu wenig Sozialpolitik betreibt. Entscheidend ist die Tatsache, dass Markt und Soziales gegeneinander ausgespielt werden. Im Sinne der Urväter der Sozialen Marktwirtschaft wäre es dagegen angezeigt, den Markt zu schützen, also Wettbewerb zu garantieren und gleichzeitig für sozialen Ausgleich zu sorgen. Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack hätten die Worte des neuen CDU-Grundsatzprogramms nicht treffender wählen können: „Die Soziale Marktwirtschaft vereint Leistungswillen und Solidarität. Einrichtungen der Solidarität dürfen nicht den Leistungswillen des Einzelnen lähmen. Leistung ist eine wesentliche Grundlage für Wohlstand.“ Demnach benötigt Deutschland mehr Wettbewerb und weniger lähmende, sozialpolitische Eingriffe.